

Antrag 309/I/2023**Maja Lasic, Samuel Märkt****Der Landesparteitag möge beschließen:****Keine Ausweitung der grundständigen Gymnasien in Berlin**

1 Die sechsjährige Grundschule ist neben der Gemein-
2 schaftsschulen ein essenzieller Grundpfeiler des längeren
3 gemeinsamen Lernens. Beide Schularten müssen auch in
4 Zeiten der CDU-Zuständigkeit für das Bildungsressort mit
5 allen Mitteln und Mühen geschützt werden. Eine Auswei-
6 tung der Grundständigkeit würde nicht nur zur Verschär-
7 fung des Schulplatzmangels an weiterführenden Schulen
8 führen und ist damit sowohl aus bezirklicher als auch Lan-
9 dessicht irrational. Vielmehr würde eine unregulierte Aus-
10 weitung der Grundständigkeit zu einer Gefährdung des
11 längeren gemeinsamen Lernens an Berliner Grundschul-
12 len führen. Auch verstärken Grundständige Gymnasien
13 die Segregation im Berliner Schulsystem, da sie vorran-
14 gig von bildungsaffinen Familien nachgefragt werden. Es
15 darf daher keine ungesteuerte Genehmigungspraxis der
16 grundständigen Züge in Berlin geben!

17

18 Einen zentralen Hebel haben dabei sozialdemokratischen
19 Bezirksakteure in der Hand. Daher fordern wir sozialde-
20 mokratische Bezirksakteure zu einer landesweiten Ab-
21 stimmung und koordiniertem Vorgehen:

- 22 • Um die unkontrollierte Ausweitung der Grund-
23 ständigkeit abzuwenden sollen die sozialdemokra-
24 tischen Schulstadträt*innen darauf verzichten An-
25 träge zur Errichtung grundständiger Züge an die
26 Landesebene zu stellen.
- 27 • Desweiteren sollen sozialdemokratische Bezirks-
28 amtsmitglieder in Bezirken, bei denen das Schulamt
29 nicht bei der SPD ist, entsprechende Anträge auf Er-
30 richtung grundständiger Züge im Bezirksamt ableh-
31 nen.
- 32 • Nicht zuletzt sollen sozialdemokratische Bezirksver-
33 ordneten sich in ihren BVVen einsetzen, dass in den
34 Bezirken klare Beschlusslagen in der BVV vorliegen,
35 die eine Ausweitung der Grundständigkeit abwen-
36 den.
- 37 • Darüber hinaus sollen auf Landesebene Vernet-
38 zungsstrukturen eingerichtet werden. Diese dienen
39 dazu, etwaige Bestrebungen in den Bezirken zu
40 sammeln, ein gemeinsames Vorgehen abzustim-
41 men und Musteranträge zur Verfügung zu stellen.

42

43

44 Begründung

45 Der aktuelle Koalitionsvertrag zwischen CDU und SPD
46 sieht eine qualitative Weiterentwicklung der grundstän-
47 digen Gymnasien vor. Dem Satz sind harte Verhandlun-
48 gen vorausgegangen, in denen die SPD eine quantitative

Empfehlung der Antragskommission**Annahme (Konsens)**

49 Ausweitung der Grundständigkeit abgelehnt hat. Entge-
50 gen der Koalitionsvereinbarung bekennt sich die Schulse-
51 natorin in ihrem Tagesspiegel-Interview vom 28.04.2023
52 “Wenn der Bedarf an grundständigen Gymnasien nachge-
53 wiesen werden kann anhand der Anmeldezahlen aus den
54 letzten Jahren – warum sollten wir das nicht machen?”.

55

56 Dieser klare Bruch mit dem Koalitionsvertrag entzieht sich
57 der Kontrolle des Landesparlaments, da sich die Genehmi-
58 gungspraxis ausschließlich im Exekutivhandeln bewegt.
59 Bei einer Genehmigung gehen die Anträge der Schulen
60 bei den zuständigen Schulstadträt*innenn ein. Die Schul-
61 stadträt*innen entscheiden dann autark, ob sie einen An-
62 trag auf Genehmigung der Grundständigkeit bei der zu-
63 ständigen Senatsverwaltung stellen. Sozialdemokratische
64 Schulstadträte und Mitglieder der BVV haben damit einen
65 starken hebel um dem Willen der CDU die Grundständig-
66 keit auszuweiten einen Riegel vorzuschieben.